

A N T W O R T

zu der

Anfrage des Abgeordneten Michael Neyses (PIRATEN)

betr.: Personalsituation an saarländischen Gerichten und Justizbehörden

Vorbemerkung des Fragestellers:

„Die saarländische Justiz steht vor der schwierigen Herausforderung, trotz hoher Verfahrenszahlen, komplexer, rechtlicher Vorgänge und Einsparmaßnahmen im Bereich der Personalausstattung in allen Gerichtszweigen und den sonstigen Justizbehörden, eine qualitativ hochwertige, schnelle und bürgerfreundliche Erledigung der Verfahren für Bürgerinnen und Bürger gewährleisten zu können. Insgesamt führt die angespannte Personalsituation dazu, dass sich mittlerweile z. B. im Bereich des saarländischen Grundbuchamts zahlreiche unbeantwortete Vollzugsnachrichten angehäuften haben, die aufgrund fehlenden Personals nicht mehr zeitnah abgearbeitet werden können. Beim Personal führt dieser Umstand dazu, dass die Arbeitsbelastung stetig steigt, was eine erhöhte psychische Belastung der Bediensteten sowie eine Zunahme der Zahl der Langzeiterkrankten zur Folge haben kann. Die gesamte Verwaltung steht nach eigenen Angaben aufgrund der hohen Arbeitsbelastung und der dünnen Personaldecke sogar kurz vor dem Kollaps. Damit Gerichte und Staatsanwaltschaften ihre Aufgaben effektiv erfüllen können, bedarf jeder Fachbereich der Bereitstellung ausreichender personeller und sächlicher Mittel. Auch muss genügend Sicherheitspersonal zur Verfügung stehen, um insbesondere Eingangskontrollen effektiv durchführen und damit für mehr Sicherheit in Gerichtsgebäuden sorgen zu können.“

Ausgegeben: 14.01.2013 (29.11.2012)

Welche Stellenanpassungen zur Reduzierung der Personalkosten (Stellenwegfall, Senkungen, Umsetzungen) wurden bei den Beamten und Angestellten im Justizdienst, Richtern und Staatsanwälten bei saarländischen Gerichten, der Staatsanwaltschaft und beim Justizministerium im Zeitraum 2004 – 2012 vorgenommen? Bitte nach jeweiligem Gericht, Justizministerium und Staatsanwaltschaft (Saarländisches Oberlandesgericht, Landgericht, Amtsgerichte, Obergerverwaltungsgericht, Verwaltungsgericht, Landessozialgericht, Sozialgericht, Finanzgericht, Arbeitsgerichtsbarkeit, Generalstaatsanwaltschaft, Staatsanwaltschaft und Justizministerium) untergliedern und betroffene Stellen nach Laufbahngruppe (höherer Dienst, gehobener Dienst, mittlerer Dienst, einfacher Dienst, Angestelltentarif und Richterbesoldung) aufschlüsseln.

- a) Welche Stellenanpassungen (Stellenstreichungen, Senkungen) plant die Landesregierung in den nächsten 5 Jahren bei den genannten Berufsgruppen an saarländischen Gerichten, der Staatsanwaltschaft und beim Justizministerium? Bitte nach Behörde und Laufbahngruppe untergliedern.

Zu Frage 1:

Die ressortbezogenen Einsparvorgaben im Personalbereich wurden im Zeitraum 2004 bis 2012 durch Stellenwegfälle erbracht. Die Einsparvorgaben sahen insbesondere für den Bereich des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der Beschäftigten des dortigen Servicebereichs vor, dass 2 von 3 frei werdenden Stellen in Wegfall geraten. In geringem Umfang wurden auch Planstellen für Richter/innen abgebaut. Der überwiegende Teil der Personaleinsparungen wurde – unter Berücksichtigung der Belastungszahlen der Laufbahnen untereinander – aus dem Bereich der Tarifbeschäftigten des Service bzw. der Geschäftsstellen sowie der Schreibkräfte erbracht.

Wegen der Stellenentwicklung im Einzelnen wird auf die als Anlage 1 beigefügte tabellarische Übersicht, gegliedert nach Haushaltsjahren, Haushaltskapiteln und Besoldungsgruppen, verwiesen. Eine über die kapitelweise Untergliederung hinausgehende weitergehende Differenzierung nach Behörden erfolgt nicht und wäre im Übrigen auch nicht belastbar. Denn insoweit ist anzumerken, dass im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften eine gleichmäßige Stellen- und Personalzuteilung auf die Behörden erfolgt, d. h. ausgehend von den Zahlen der hiesigen Personalbedarfsberechnung wird der vorhandene Stellen- und Personalbestand gleichmäßig auf alle Behörden zgeteilt, so dass unter den Behörden für ausgewogene Belastungssituationen Sorge getragen wird. Sollte folglich – in einem ersten Schritt – eine Behörde überproportional von Stellenwegfällen oder Personalabgängen betroffen sein, wird dies sogleich in einem zweiten Schritt ausgeglichen.

Hinsichtlich der Personalisierung im Bereich des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes wird dies insbesondere durch – für diesen Zweck geschaffene – Sondergruppen bzw. den Vertretungspool für den Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften ermöglicht. In diesen organisatorischen Einheiten wird ein Personalbestand vorgehalten, der dazu bestimmt ist, gerade auch kurzfristig im Falle von auftretenden Vakanzen bei allen Justizbehörden für Abhilfe zu sorgen. Dies erfolgt dergestalt, dass zentral alle kurz- und langfristigen Ausfälle, die Kompensationen verlangen, an das Saarländische Oberlandesgericht gemeldet und dort in die vorliegenden Belastungszahlen eingepflegt werden. Auf dieser Basis erfolgen kurzfristige Personalzuteilungen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass der vorstehend erwähnte Vertretungspool für die Gerichte und Staatsanwaltschaften in einem eigenen Haushaltskapitel abgebildet wurde (nunmehr 10 08, zuvor 05 65), worin zahlreiche Beamtenstellen des mittleren Dienstes sowie Beschäftigtenstellen angesiedelt sind. Dass diese Stellen nicht in der angeforderten Auflistung enthalten sind, liegt darin begründet, dass der Vertretungspool – auf der Basis des budgetierten Justizhaushaltes – kostenneutral funktioniert, da im Gegenzug auf die sonst üblichen Doppelbesetzungen und Leerstellen verzichtet wurde.

Zu a):

Derzeit wird beraten, in welchem Umfang in welchen Bereichen Personal abgebaut wird.

Welche Stellenhebungen und welche Stellenhebungsprogramme in der Justiz wurden seit 2004 durch die jetzige Landesregierung und die Vorgängerregierung umgesetzt und wie viele Stellen, insbesondere im mittleren Dienst, wurden von Stellenhebungen in diesem Zeitraum begünstigt?

- a) Plant die Landesregierung im Justizbereich in den nächsten 5 Jahren Stellenhebungen und, wenn ja, in welchen Bereichen? Wenn nein, warum nicht?
- b) Wurde von Seiten der Landesregierung ein Beförderungsbudget zur Förderung der Motivation und leistungsgerechten Entlohnung der Justizbediensteten geschaffen? Wenn nein, warum nicht?

Zu Frage 2:

Im Bereich des einfachen Justizdienstes wurden in den vergangenen Haushaltsjahren zahlreiche Verbesserungen umgesetzt, wie beispielsweise die Anhebung aller 15 verbliebenen Wachtmeisterstellen der Besoldungsgruppe A 4 nach Besoldungsgruppe A 5 im Haushalt 2012. Daneben wurden zwei Stellen der Besoldungsgruppe A 7, die mit früheren Justizwachtmeistern (früherer Verwendungsaufstieg, jetzt Praxisaufstieg) besetzt sind, nach Besoldungsgruppe A 8 gehoben. Bereits im Haushaltsjahr 2009 sind 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 5 nach Besoldungsgruppe A 6 erfolgt, um die Beförderungssituation zu verbessern. Daneben wurden zwei Stellen mit Blick auf das Sicherheitsbedürfnis bzw. die Zunahme von Großprozessen neu geschaffen. Auch diese Neuschaffungen wurden in Besoldungsgruppe A 6 getätigt, mit Blick auf die Beförderungsperspektiven, ebenso wie eine weitere Neuschaffung nach A 6 im Haushalt 2010.

Im Bereich des mittleren Justizdienstes und der Beschäftigten in Geschäftsstellen, Serviceeinheiten bzw. dem Schreibdienst sind wir in den vergangenen Jahren dazu übergegangen, frei werdende Beschäftigtenstellen, die nicht eingespart werden, in Planstellen für Beamtinnen und Beamte des mittleren Justizdienstes umzuwandeln und entsprechend mit selbst ausgebildeten qualifizierten Beamten/innen zu besetzen. Aus diesem Grund wurden im Haushalt 2011 insgesamt 8 Beschäftigtenstellen der Entgeltgruppe 5 in 5 Beamtenstellen nach Besoldungsgruppe A 8 und in 3 Beamtenstellen nach Besoldungsgruppe A 9 umgewandelt. Im Haushaltsjahr 2008 wurden 4 Hebungen aus Besoldungsgruppe A 7 nach Besoldungsgruppe A 9 vorgenommen, zur Verbesserung von Beförderungsperspektiven.

Ferner wurden für die Beschäftigten im Haushalt 2010 stellentechnische Verbesserungen bewirkt, die auf Änderungen der tariflichen Vorgaben zurückgehen. Denn durch die Änderungstarifverträge aufgrund der Tarifeinigung vom 01.03.2009 wurde der Zeitpunkt für mögliche Bewährungsaufstiege auf den 31.12.2010 verschoben, so dass Vorsorge für Höhergruppierungsanträge zu tragen war.

Es ist beabsichtigt, auch für den Haushalt 2013 in erheblichem Umfang stellentechnische Verbesserungen umzusetzen, die letztlich auf Änderungen der Entgeltordnung zum TV-L zurückgehen. Denn zum 01.01.2012 ist die neue Entgeltordnung zum TV-L in Kraft getreten, die insbesondere mit Blick auf die Tarifautomatik dazu veranlasst, Verbesserungen der Eingruppierung auch im Stellenplan abzubilden. Denn in der neuen Entgeltordnung wurden teilweise Tätigkeiten besser bewertet und einer anderen/höheren Entgeltgruppe zugeordnet als das bislang der Fall war. Für den Geschäftsbereich der Justiz betrifft dies vor allem die Beschäftigten bei Gerichten und Staatsanwaltschaften, die zuvor in den Entgeltgruppen 5 bzw. 8 eingruppiert waren und deren Tätigkeiten nunmehr besser, nämlich nach den Entgeltgruppen 6 bzw. 9, bewertet wurden.

In der haushaltsrechtlichen Umsetzung der neuen Entgeltordnung werden somit 8 Stellenhebungen von EG 8 nach EG 9 und 65 Hebungen von EG 5 nach EG 6 erfolgen. Weitere 19 Hebungen von EG 5 nach EG 6 im sog. Vertretungspool (Kap. 10 08) sind der Vollständigkeit halber zu erwähnen, wenngleich sie kostenneutral zu werten sind, da der Vertretungspool – als justizspezifisches Konstrukt auf der Grundlage des budgetierten Haushalts – Ersatz für zulässige Doppelbesetzungen bzw. Leerstellen ist, wovon kein Gebrauch mehr gemacht wird.

Im Bereich der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger wurden im Haushalt 2005 insgesamt 2 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 nach Besoldungsgruppe A 12 vorgenommen, um einen bestehenden Beförderungsstau zu vermindern. Im Haushalt 2008 wurden aus Gründen der Belastungssituation 2 Stellen nach Besoldungsgruppe A 11 neu geschaffen, was zugleich einer weiteren Verbesserung der Beförderungssituation diene. Daneben erfolgten sowohl im Haushalt 2008 als auch im Haushalt 2009 jeweils 4 Stellenhebungen nach Besoldungsgruppe 12, wodurch der besagte Beförderungsstau merklich entspannt wurde. Daneben wurden in den Haushalten 2011 und 2012 stellentechnische Verbesserungen in den Besoldungsgruppen A 12 und A 13 bewirkt, die letztlich eine Kompensation zum Auslaufenlassen der Amtsanwaltslaufbahn – einer Sonderlaufbahn des gehobenen Justizdienstes – darstellen.

Im Bereich des Sozialdienstes der Justiz sind im Haushalt 2009 2 Stellen nach Besoldungsgruppe A 11 neu geschaffen worden.

Daneben sind lediglich in einigen wenigen individuell bedingten Fällen geringfügige stellentechnische Veränderungen erfolgt. Dies war beispielsweise im Jahr 2010 ein Stellentausch A 6 gegen A 8 zwischen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Sozialgerichtsbarkeit, um im mittleren Justizdienst der Sozialgerichtsbarkeit adäquate Beförderungsperspektiven zu bieten.

Im Bereich der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte hat es keine „Stellenhebungsprogramme“ gegeben.

Zu a):

Im Bereich der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sind keine „Stellenhebungsprogramme“ geplant. Im Übrigen wird derzeit – korrespondierend zu der Antwort unter Ziffer 1 a) – beraten, in welchem Umfang Stellenhebungen erfolgen werden (ungeachtet der Frage, ob bzw. wie sich die in diesem Zusammenhang zu beachtenden Vorgaben über die Einhaltung von Stellenobergrenzen verändern).

Zu b):

Zur Durchführung von Beförderungsterminen wird jedem Ressort für jedes Haushaltsjahr ein Beförderungsbudget zur Verfügung gestellt. Zwar wurde dieses Budget in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 gegenüber den Vorjahren im Grundsatz halbiert. Dennoch wurde speziell für die Bereiche des einfachen und mittleren Justizdienstes im Haushaltsjahr 2011 ein Sonderbeförderungsvolumen zugeteilt, so dass im Jahr 2012 der status quo im Grundsatz gehalten werden konnte.

Wie hat sich die Verfahrensdauer in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Verwaltungsgerichtsbarkeit und den Fachgerichten (Sozialgerichtsbarkeit, Finanzgerichtsbarkeit und Arbeitsgerichtsbarkeit), insbesondere auch im Hinblick auf die Verfahrensdauer und die aufzuarbeitenden Rückstandszahlen an saarländischen Nachlassgerichten, seit 2004 entwickelt? Bitte nach Gerichtsbarkeiten aufschlüsseln und Verfahrensdauer und -rückstände im Rahmen der Mitteilungspflicht und bei der Erteilung von Erbscheinen durch die saarländischen Nachlassgerichte gesondert darstellen.

- a) Wie stellt sich die Entwicklung der Eingangszahlen bei den einzelnen Gerichtszweigen und der Staatsanwaltschaft seit 2004 dar, und wie hat die Landesregierung hierauf insbesondere durch Umorganisation und Schaffung neuer Stellen reagiert?
- b) Wie lang sind die Bearbeitungs-, Mitteilungszeiten in Erbfällen und Erledigungszeiten bei saarländischen Nachlassgerichten durchschnittlich?
- c) Warum kam es in der Vergangenheit in vielen Nachlassfällen zu unverhältnismäßig langen Bearbeitungszeiten?

- d) Welche Möglichkeiten (etwa durch Einstellung zusätzlichen Personals) sieht die Landesregierung, die Bearbeitungsabläufe bei Nachlassgerichten zu verkürzen, um eine schnellere und für die Bürgerinnen und Bürger verlässlichere Bearbeitung zu gewährleisten und damit deren Bedürfnis, über einen eingetretenen Erbfall schnellstmöglich informiert zu werden, gerecht werden?
- e) Wird gegebenenfalls Betroffenen, denen durch eine überlange Verfahrensdauer auf Grund der durch Personalmangel bedingten Aufarbeitung von Rückständen ein finanzieller Schaden entstanden ist, weil Ihnen oder zu beteiligenden Behörden (wie etwa dem Finanzamt) nicht unverzüglich durch das zuständige Nachlassgericht im Rahmen der Mitteilungspflicht eine Mitteilung über den Nachlass oder Nachlassverbindlichkeiten zugestellt wurde, die Möglichkeit einer Entschädigung eingeräumt? Wenn nein, warum nicht?

Zu Frage 3:

Zu der Frage, wie sich die Verfahrensdauer in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Fachgerichtsbarkeit seit 2004 entwickelt hat, wird auf die als Anlage 2 und Anlage 3 beigefügten Übersichten verwiesen. Darüber hinausgehende Daten – insbesondere zu Verfahrensdauer und etwaigen Rückständen an saarländischen Nachlassgerichten – liegen hier nicht vor.

Zu a):

Auch die Entwicklung der hier erhobenen Eingangszahlen der einzelnen Gerichtszweige und der Staatsanwaltschaft seit 2004 ergibt sich aus den als Anlage 2 und Anlage 3 beigefügten Tabellen. Wegen der Stellenentwicklung im Einzelnen wird wiederum auf die als Anlage 1 beigefügte Übersicht verwiesen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die hiesige Personalbedarfsberechnung nicht allein auf die Zahl der Verfahrenseingänge stützt – neben dieser und der Zahl der Verfahrensbestände sind etwa auch Aus- und Fortbildungszeiten sowie Verwaltungstätigkeiten der Beschäftigten in die Berechnung miteinzubeziehen.

Zu b):

Da die Verfahren in Nachlasssachen nicht der Zählkartenerhebung unterfallen, können keine fortlaufenden Eingangs-, Erledigungs- und Bestandszahlen mitgeteilt werden. Für die Jahre 2008 und 2011 fand jedoch im Rahmen des Vergleichsrings großer Amtsgerichte, an dem das Amtsgericht Saarbrücken seit 2007 teilnimmt, eine separate Erhebung der Verfahrensdauer bzw. der Erledigungszeiten für das Amtsgericht Saarbrücken statt. Systembedingt konnte dabei nicht die reine Verfahrensdauer ermittelt werden, sondern lediglich die Dauer vom Antragseingang bis zur Weglegung der Akten, da nur diese Daten in der Fachanwendung EUREKA eingetragen und damit ausgewertet werden können. Da die Weglegung des Verfahrens erst nach kostenrechtlicher Behandlung erfolgt, gibt diese Auswertung nur unzureichend Auskunft über die das rechtssuchende Publikum interessierende reine Verfahrensdauer vom Antragseingang bis zur Erteilung des Erbscheins.

Es lässt sich allerdings festhalten, dass die durchgeführte Auswertung für das Jahr 2011 ein besseres Ergebnis als für das Jahr 2008 erbracht hat. Während die durchschnittliche Dauer vom Antragseingang bis zur Weglegung im Jahr 2008 noch 99 Tage betrug, waren es im Jahr 2011 nur noch 72 Tage. Die vorgenannte Auswertung umfasst sämtliche Erbscheinsverfahren, unabhängig davon, ob es um die Feststellung gesetzlicher oder testamentarischer Erbfolge ging.

Zu c):

Die Bearbeitungsdauer in Nachlassverfahren wird derzeit teilweise durch lange Bearbeitungszeiten im Schreibdienst negativ beeinflusst. Diese resultieren aus krankheitsbedingten Ausfällen, die mangels umzusetzenden Personals kurzfristig nicht behoben werden konnten.

Das Amtsgericht Saarbrücken als größtes saarländisches Nachlassgericht wird derzeit umstrukturiert. Es wird auf eine vollständige Bearbeitung in Serviceeinheiten umgestellt, während bisher die Erbscheine noch von einer reinen Schreibkraft ausgefertigt wurden. Hierzu ist eine Aufstockung der Serviceeinheiten um eine weitere Mitarbeiterin erfolgt, die sich gerade in der Einarbeitungsphase befindet. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die o. g. Bearbeitungszeiten in Kürze wieder reduzieren werden.

Im Bereich der Sachbearbeitung durch Rechtspfleger/innen bestehen keine Rückstände. Die Bearbeitungsdauer liegt dort bei ca. 3 Tagen bis maximal 1 Woche. Die Bearbeitungsdauer der Anträge auf der Geschäftsstelle bis zur Vorlage an den Rechtspfleger beträgt 1 bis 2 Tage. Länger, nämlich derzeit bis zu 4 Monate, dauert die richterliche Sachbearbeitung. Dies ist auf die zeitweilige Vakanz der Stelle und mehrere Dezernatswechsel zurückzuführen, aber auch dadurch bedingt, dass der Richter nur für die Erbscheine bei testamentarischer Erbfolge zuständig ist und diese Verfahren aufgrund der nicht immer eindeutigen Rechtslage eine grundsätzlich längere Bearbeitungsdauer erfordern.

Zu d):

Verbesserungen im Bereich der Bearbeitungsdauer sind aufgrund der o. g. Umstrukturierung im Servicebereich sowie aufgrund des derzeit für das Amtsgericht Saarbrücken in der Planungs- und teilweise bereits in der Umsetzungsphase befindlichen Projekts „Erbschein 24“ zu erwarten, das in Rheinland-Pfalz bereits mit gutem Erfolg erprobt ist. Von diesen Maßnahmen werden insbesondere die Erbscheinsverfahren aufgrund gesetzlicher Erbfolge profitieren.

Zu e):

Die aufgeworfene Frage hat sich bisher – soweit ersichtlich – nicht gestellt, da die Rüge einer überlangen Verfahrensdauer im Bereich des Nachlassgerichts bisher nicht erhoben und Entschädigungsansprüche nicht geltend gemacht wurden.

Wie viele Ausbildungsplätze wurden in den Jahren 2004 bis 2012 in den Dienststellen der Justiz (saarländische Gerichte, Staatsanwaltschaft und Justizministerium) im Saarland bereitgestellt bzw. neu geschaffen? Bitte nach Jahren, Behörde und Laufbahngruppe untergliedern.

- a) Wie hoch ist der Bedarf an Auszubildenden im Bereich der Justiz momentan und wie schätzt die Landesregierung den Bedarf in den nächsten Jahren 2013 bis 2017 ein?
- b) Werden in den Jahren 2013 bis 2018 genügend Ausbildungsplätze im Bereich der Justiz geschaffen, um das altersbedingte Ausscheiden vieler Mitarbeiter zu kompensieren? Wenn ja, wie viele Beschäftigte werden in diesem Zeitraum altersbedingt ausscheiden und wie viele Ausbildungsplätze werden zum Ausgleich geschaffen? Wenn nein, warum nicht?
- c) Sollte die Landesregierungen in den Jahren 2013 bis 2017 vorhaben, die Anzahl der freien Ausbildungsplätze zu reduzieren, in welcher Höhe werden Kosten durch die Einsparung dieser Ausbildungsplätzen erspart?
- d) Wie viele neue Ausbildungsplätze werden nach Planungen der Landesregierung im Bereich der Justiz in den Jahren 2013 bis 2017 benötigt und neu geschaffen?
- e) Wie viele Auszubildende wurden in den letzten 5 Jahren nach ihrer Ausbildung für eine Tätigkeit bei den saarländischen Gerichten, der Staatsanwaltschaft und dem Justizministerium übernommen?
- f) Steht der Zahl offener Stellen im einfachen und mittleren Dienst und im Angestelltenverhältnis eine ausreichende Zahl an Bewerbern gegenüber bzw. gibt es mehr Bewerber als freie Stellen? Wie gestaltet sich das prozentuale Verhältnis Bewerberzahl zu ausgeschriebenen Stellen im einfachen und mittleren Dienst?
- g) Gibt es Bestrebungen der Landesregierung, die Bezahlung insbesondere im einfacheren und mittleren Dienst und im Angestelltenverhältnis für Neubewerber attraktiver zu gestalten? Wenn ja, welche?

Zu den Fragen 4 lit. a) bis g):

Im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften wird traditionell bedarfsorientiert ausgebildet, d. h. in den Laufbahnen des Justizwachtmeisterdienstes, des mittleren Justizdienstes sowie des gehobenen Justizdienstes orientiert sich die Anzahl der in die Ausbildung zu entsendenden Anwärterinnen und Anwärter an dem nach dem Ende der Ausbildung voraussichtlich bestehenden Bedarf. Die Ausbildungsdauer für die Laufbahn der Justizwachtmeister/innen beträgt 6 Monate, während es im mittleren bzw. gehobenen Justizdienst 2 bzw. 3 Jahre sind. Folglich wurde bislang eruiert, wie viele Altersabgänge bei Beendigung der Ausbildung zu verzeichnen sein werden und wie viele dieser Stellen für Übernahmen zur Verfügung stehen werden, d. h. insbesondere nicht zur Einsparung gebracht werden. Daneben war und ist bei der Ermittlung der Anwärterzahlen insbesondere im gehobenen Justizdienst ein „Sicherheitszuschlag“ zu machen, der daraus resultiert, dass immer wieder einige Anwärterinnen und Anwärter die Ausbildung vorzeitig aufgeben. Ferner handelt es sich bei der Ausbildung zum mittleren und gehobenen Justizdienst um eine ganz überwiegende Frauendomäne, mit weiter steigender Tendenz, so dass auch Vorsorge für Fälle von Elternzeit – die nach den Erfahrungen der Vergangenheit ebenfalls vornehmlich durch Frauen wahrgenommen wurde – etc. getroffen werden muss. Letztlich konnten jedoch in den vergangenen Jahren nahezu alle geprüften Anwärterinnen und Anwärter auch übernommen werden. Lediglich in einigen vereinzelt Fällen wurde aus Leistungsgesichtspunkten von einer Übernahme abgesehen.

Derzeit befinden sich ca. 60 Anwärter/innen in der Ausbildung. Was die Ausbildungsstellen, d. h. die hierfür benötigten Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst angeht, wurde im Haushalt 2012 eine Erhöhung um insgesamt 16 Stellen vorgenommen. Diese Erhöhung war u. a. dadurch begründet, dass angestrebt wird, künftig nicht nur ausscheidende Beamtinnen und Beamte, sondern auch einen Teil der ausscheidenden Tarifbeschäftigten durch geprüfte Anwärterinnen und Anwärter des mittleren Justizdienstes zu ersetzen (vgl. Ausführungen zu Ziffer 2). Nach dem Stellenplan verfügen wir derzeit über 32 Ausbildungsstellen für den mittleren Justizdienst und über 30 Ausbildungsstellen für den gehobenen Justizdienst.

Die letztlich erfolgten Übernahmen in den Jahren 2004 – 2012 verhalten sich wie folgt:

Laufbahn	einfacher Justizdienst (Justizwachtmeister)	mittlerer Justizdienst (Justizfachwirte)	gehobener Justizdienst (Rechtspfleger)
Einstellungsjahr			
2012	8	17	11
2011	0	10	8
2010	7	8	8
2009	0	0	7
2008	10	11	7
2007	0	18	7
2006	4	18	7
2005	0	16	7
2004	3	18	6

Im gehobenen Justizdienst werden im Jahr 2013 insgesamt 10 Anwärter/innen die Ausbildung beenden, im Jahr 2014 werden es 8 und im Jahr 2015 insgesamt 9 sein. Damit ist eine hinreichende Nachpersonalisierung gewährleistet.

Im mittleren Justizdienst werden 2013 insgesamt 18 Anwärter/innen die Ausbildung beenden und im Jahr 2014 werden es 12 sein. Nach derzeitigem Erkenntnisstand steht dies in einem ausgewogenen Verhältnis zu den zu erwartenden Altersabgängen in den kommenden beiden Jahren (rund 32 AKA).

Wie sich die Ausbildungsstärke in den folgenden Jahren verhalten wird, ist derzeit noch nicht entschieden. Insoweit gilt das zu Ziffer 1 a) Gesagte entsprechend, da sich die Ausbildungsstärke vornehmlich am Umfang und der Verteilung etwaiger Einsparungen orientieren wird.

Im Rahmen von Stellenausschreibungen ist unabhängig von der Laufbahn eine erheblich höhere Anzahl von Bewerber/innen zu verzeichnen, als Ausbildungsstellen besetzt werden. Exemplarisch beträgt das Verhältnis der letzten Einstellung im einfachen Justizdienst ca. 1 : 15 und im mittleren Justizdienst ca. 1 : 23.

Ob es bzw. welche Veränderungen es in der Besoldungsstruktur geben wird, oder ob gar tarifliche Änderungen erfolgen werden, ist derzeit nicht absehbar.

Wie hat sich in den Jahren 2002 bis 2012 die Altersstruktur der Beschäftigten der einzelnen saarländischen Gerichtsbarkeiten (Saarländisches Oberlandesgericht, Landgericht, Amtsgerichte, Oberverwaltungsgericht, Verwaltungsgericht, Landessozialgericht, Sozialgericht, Finanzgericht, Arbeitsgerichtsbarkeit), der Staatsanwaltschaft und des Justizministeriums, aufgeschlüsselt nach Behörde und Gericht, Anzahl der Personen, nach einfachem, mittlerem, gehobenen und höherem Dienst und nach den Altersgruppen 20 - 24, 25 - 29, 30 - 34, 35 - 39, 40 - 44, 45 - 49, 50 - 54, 55 - 60, 60 und älter, entwickelt?

Zu Frage 5:

Hinsichtlich der Altersstruktur der Beschäftigten der saarländischen Gerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften wird auf die als Anlage 4 beigefügte statistische Übersicht verwiesen. Darüber hinausgehende Daten werden diesseits nicht erhoben.

Ist gewährleistet, dass in allen Gerichten des Saarlandes, zu jeder Zeit, Eingangskontrollen etwa durch Bedienung der Durchleuchtungsmaschinen durchgeführt werden können, um die Sicherheit in den Gerichtssälen zu gewährleisten. Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

- a) Finden regelmäßige Sicherheitsschulungen für Justizbeschäftigte, die in sicherheitsrelevanten Bereichen eingesetzt werden, statt. Wenn ja, wie viele Justizbeschäftigte haben in den Jahren 2004 bis 2012 an Sicherheitsschulungen teilgenommen? Wenn nein, warum nicht?

- b) Werden an saarländischen Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft zur Gewährleistung der Sicherheit private Wachschrützer eingesetzt? Wenn ja, in welcher Anzahl und wie hoch ist der finanzielle Aufwand des Landes hierfür?
- c) Beabsichtigt die Landesregierung Personalstellen für Justizwachmeister durch den Einsatz von privaten Wachdiensten zu substituieren, wenn ja, wie viele Stellen sollen bis wann abgebaut werden?

Zu Frage 6:

Die Gewährleistung der örtlichen Sicherheit in den saarländischen Justizgebäuden und den Gerichtssälen darf sich nicht allein auf den Einsatz von Durchleuchtungsgeräten bei der Eingangskontrolle beschränken, da dies zu kurz greifen würde. Vielmehr ist die Sicherheit in einem Gesamtkomplex von vielschichtigen Maßnahmen zu betrachten. Das Ministerium der Justiz ist stets darum besorgt, erforderliche sachliche und personelle Maßnahmen unter dem Aspekt der Sicherheit, die grundsätzlich den jeweiligen Behördenleitungen obliegt, zu unterstützen und zu koordinieren.

So wurden bereits bzw. werden beispielsweise nachfolgende Maßnahmen durchgeführt:

- Einrichtung eines für Besucher zentralen Eingangs bei dem Landgericht Saarbrücken in der Franz-Josef-Röder-Straße 15 für
 - den Verfassungsgerichtshof des Saarlandes,
 - das Saarländische Oberlandesgericht,
 - das Landgericht,
 - die Staatsanwaltschaft,
 - das Ministerium der Justiz,
 - das Landesprüfungsamt für Juristen und
 - die Gerichtskassemit einem Infotresen zur Überwachung der Besucherströme und Auskunftserteilung.
- Der o. g. Eingangsbereich wurde mit einem Gepäck-Röntgengerät und einem Metalldetektor-Tor ausgestattet. Eine entsprechende Ausstattung steht auch dem Amtsgericht Saarbrücken zur Verfügung.
- Ergänzend hierzu wurde der Zugang zu dem Dienstbereich der Staatsanwaltschaft in der Zähringerstraße mit einem weiteren Infotresen und steuerbaren Zugangsbeschränkungen ausgestattet.
- Soweit es die Behördenleiter für erforderlich gehalten haben, sind die übrigen Gerichte mit Metallhanddetektoren ausgestattet worden.
- Mehrfach sind die übrigen Eingangsbereiche der Gerichtsgebäude – soweit auf Grund der räumlichen und baulichen Gegebenheiten möglich – als Schleusen ausgebildet bzw. mit Zugangskontrollgeräten versehen.

- Soweit nicht bereits geschehen, werden sukzessive in gefährdeten Bereichen der Gerichte und Staatsanwaltschaften Videokameras installiert.
- Weit überwiegend sind die Sitzungssäle der Gerichte mit Alarmleitungen zu den Wachtmeistereien verbunden.
- Die Rechtsantragstellen und Gerichtszahlstellen der Gerichte sowie noch nicht anderweitig gesicherte Sitzungssäle wurden flächendeckend mit einer PC-Alarmierungssoftware ausgestattet, mit der im Bedarfsfall gezielt ein Alarm bzw. Bildschirmnotruf per Tastendruck an einen zuvor festgelegten Empfängerkreis (z. B. Wachtmeisterei und umliegende Büros) abgesetzt werden kann.
- Des Weiteren sind nach entsprechender Bewertung bei verschiedenen Dienstgebäuden Einbruch- und Brandmeldeanlagen mit Aufschaltung zur Polizei bzw. Feuerwehr installiert.

Darüber hinaus sind aber auch organisatorische Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit anzuführen, und zwar:

- Fortbildung des Wachtmeisterdienstes in der waffenlosen Kampfweise sowie im Verhalten zur Deeskalation (siehe die Ausführungen zu Ziffer 6 a)).
- Information der Mitarbeiter/innen über das Verhalten bei Bombendrohungen und beim Auffinden verdächtiger Gegenstände bzw. Briefbomben.
- Schulungen des Wachtmeisterdienstes zum Erkennen von Briefbomben und anderen unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) durch das LKA.
- Sicherheitshinweise an die Mitarbeiter/innen der Poststellen zum Erkennen verdächtiger Sendungen und das Verhalten bei Verdacht auf Kontamination mit Milzbranderreger und ergänzende Beschaffung von Einweghandschuhen und HEPA-Feinstaubmasken der Schutzstufe FFP 3.
- Bildung einer Gemeinsamen Poststelle bei dem Landgericht Saarbrücken mit der Zuständigkeit für sieben in Saarbrücken angesiedelte Justizbehörden.
- Soweit für erforderlich erachtet, erfolgen gegebenenfalls befristete Bestreifungen durch die Polizei bzw. wird in sicherheitsempfindlichen Verfahren eine polizeiliche Präsenz und Unterstützung angefordert.

Ebenso müssen in diesem Zusammenhang auch die Geräte und Hilfsmittel, welche zur Erhöhung der Sicherheit und zum Schutz gegen Übergriffe vorgehalten werden, genannt werden. Neben den oben bereits erwähnten Metall-Handdetektoren – soweit die Behördenleiter ihren Einsatz als erforderlich angesehen haben – sind dies:

- Schlagstöcke, Handfesseln bzw. Knebelketten, Tränengassprühdosen, Funk-sprechgeräte,
- persönliche Schutzwesten für Justizwachtmeister/innen bei dem Landgericht Saarbrücken, dem Amtsgericht Saarbrücken und dem Amtsgericht Saarlouis sowie
- schnitt- und stichresistente Sicherheitshandschuhe für die Personenkontrolle und den Vorführungsdienst der Justizwachtmeister/innen.

Das Prinzip der Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen und die bürgernahe Offenheit für den Publikumsverkehr setzen den Sicherheitsmaßnahmen allerdings auch Grenzen, so dass stets eine Abwägung zwischen diesen Interessen vorzunehmen ist.

Da vor allem gegenüber psychisch beeinträchtigten und damit nicht rational handelnden Personen auch technische Sicherungsmaßnahmen immer mit Unzulänglichkeiten behaftet sein werden, kommt diesen eher eine sekundäre Bedeutung zu. Wichtiger wird auch weiterhin sein, dass alle Justizangehörigen sich eines nicht zu vermeidenden Risikos bewusst sind und bleiben und auf etwaige konkrete Gefahren rechtzeitig aufmerksam machen.

Zu a):

Seit 2006 werden im Rahmen des Gemeinsamen Fortbildungsprogramms Rheinland-Pfalz und Saarland für Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister von den Ländern Saarland und Rheinland-Pfalz jeweils eine verhaltensorientierte Tagung und zusätzlich von Rheinland-Pfalz eine praxisnahe Tagung angeboten. An den verhaltensorientierten Tagungen nehmen jeweils 8 Bedienstete aus dem Saarland und 8 Bedienstete aus Rheinland-Pfalz teil.

Seminarziel dieser Veranstaltungen ist, dass Wahrnehmungen, Eskalation, Deeskalation und Selbstschutz vertieft bearbeitet werden. Dies erfolgt in Gestalt der Bearbeitung von Situationen aus dem konkreten Erfahrungsbereich der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und der Simulation von Handlungsalternativen im Rollenspiel. Auch ist ein angemessener Raum für den Erfahrungsaustausch und eine kollegiale Beratung zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorgesehen.

Auf Grund einer Anregung des saarländischen Justizwachtmeisterverbandes fanden 2011 für saarländische Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister darüber hinaus Inhouse-Schulungen zu dem Thema „Konfliktvermeidende Gesprächsführung und Deeskalation“ statt, zu denen sich 27 Justizwachtmeister/innen angemeldet, aber aus dienstlichen Gründen bzw. aufgrund von Erkrankungen nur 19 daran teilgenommen haben.

Im November 2012 wurde eine Nachbereitungsschulung zu diesem Thema durchgeführt, an der 16 Justizwachtmeister/innen teilgenommen haben.

Themenschwerpunkte der von Rheinland-Pfalz angebotenen praxisnahen Schulungen sind:

- Waffenrecht und Waffenkunde in Theorie und Praxis (Schwerpunkt: verbotene Waffen, Schusswaffen und Munition),
- Rechtsgrundlagen unmittelbaren Zwangs in der Eigen- und Fremdsicherung,
- Formen der Fesselung,
- Durchsuchungsformen und Verhalten bei Durchsuchungen,
- Umgang mit Publikum und Gefangenen in Konfliktsituationen und
- Vertiefung durch praktische Übungen.

An dieser Veranstaltung können 10 Justizwachtmeister/innen teilnehmen.

Das Landgericht Saarbrücken bietet zudem seit 2007 Schulungen in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Inneres und Sport mit dem Schwerpunkt „Anwendung von Zugriffstechniken (Sicherungs- und Transporttechniken) sowie Fertigkeiten der Selbstverteidigung“ an. Diese finden in der Polizeisporthalle in der Mainzer Straße in Saarbrücken sowie in den Räumlichkeiten des Landgerichts Saarbrücken statt. Die Fortbildungsveranstaltungen werden von der Fachhochschule für Verwaltung, Fachbereich Polizeivollzugsdienst/Polizeiliche Fortbildung, geleitet.

Ziel des Schulungsprogramms ist es, die Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister in die Lage zu versetzen, durch ein kontinuierliches Trainingsprogramm die eigene körperliche Fitness zu stärken, den Umgang im Alltag mit Gefahrsituation zu verbessern sowie Deeskalationsstrategien zu erlernen.

In einem mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu Beginn der Fortbildungsveranstaltung geführten Vorgespräch werden zunächst die wesentlichen Inhalte der praxisbezogenen Trainingseinheit definiert und eventuell zu bewältigende Konfliktsituationen im Arbeitsalltag erörtert. Neben den Besonderheiten bei der Durchführung von Personenkontrollen liegt ein weiterer Schwerpunkt der Übungseinheit auf dem richtigen Umgang mit Gefangenen, insbesondere in Vorführsituationen. Mögliche Gefahrenquellen, die von dem Gefangenen selbst, aber auch von gewaltbereitem Publikum bzw. Zuschauern im Sitzungssaal ausgehen, werden aufgezeigt und thematisiert.

Im Anschluss daran werden verschiedene Alltagsszenarien, u. a.:

- Vorführung eines Gefangenen,
 - verschiedene Konfliktsituationen im alltäglichen Umgang mit Strafgefangenen,
 - Fluchtversuch eines Gefangenen aus dem Sitzungssaal,
 - Konfliktsituationen im Sitzungssaal (Angeklagter wird handgreiflich),
 - Gefahrenquellen bei Personenkontrollen und
 - Konfliktsituationen mit gewaltbereitem Publikum
- in den Räumlichkeiten des Landgerichts (Zellentrakt, Vorführzelle, Sitzungssaal, Flurbereich und Eingangsbereich) nachgestellt.

Um möglichst reale Alltagsbedingungen zu schaffen, absolvieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Trainingseinheit – nicht wie üblich – in Sportbekleidung, sondern in Dienstbekleidung.

Im Jahr 2012 fanden insgesamt 5 Trainingseinheiten mit 47 Teilnehmer/innen in der Anwendung von Zugriffstechniken in der Polizeisporthalle in der Mainzer Straße in Saarbrücken sowie ein Situationstraining mit 11 Teilnehmer/innen in den Räumlichkeiten des Landgerichts Saarbrücken statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewerteten die Fortbildungsveranstaltung durchweg als positiv und geeignet, um hilfreiche Erfahrungswerte im Umgang mit möglichen Konfliktsituationen zu sammeln und dadurch die eigene Interaktionsfähigkeit nochmals nachhaltig zu verbessern.

Zu b):

Im hiesigen Geschäftsbereich werden private Sicherungsunternehmen nur im Bereich des zentralen Bereitschaftsgerichts eingesetzt.

Sämtliche Geschäfte des Bereitschaftsdienstes der Amtsgerichte des Saarlandes werden gem. § 1 der „Verordnung über den gemeinsamen Bereitschaftsdienst bei den Amtsgerichten des Saarlandes“ des Ministeriums für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 31.10.2004 (ABl. 2004, S. 2286) vom Amtsgericht Saarbrücken wahrgenommen. Die nähere Ausgestaltung regeln die nach § 22 c Abs. 1 Sätze 4 und 5 GVG zuständigen Präsidien nach Maßgabe des § 21 e GVG.

Für dieses Bereitschaftsgericht wurde vertraglich geregelt, dass der Pfortendienst während der Dauer der Anwesenheitsbereitschaft durch ein externes Dienstleistungsunternehmen in der Weise wahrgenommen wird, dass je 1 Sicherheitsmitarbeiter der Auftragnehmerin in der Zeit von Montag bis Donnerstag jeweils von 15:30 Uhr bis 21:00 Uhr, am Freitag von 15:00 Uhr bis 21:00 Uhr und an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen von 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr zum Einsatz kommt.

Die Berechnung der Gebühren erfolgt nach tatsächlichem Stundenaufwand und wird gemäß der Vorgabe des Auftraggebers rapportiert. Der Grundpreis pro Mitarbeiter beträgt zurzeit 18,57 € pro Stunde (ab 01.01.2013: 19,63 €) zzgl. der tariflichen Zulagen (10% Nachtzulage in der Zeit von 20.00 Uhr bis 06.00 Uhr, 25% Sonntagszulage, 100% Feiertagszulage).

Alle Preise verstehen sich zzgl. der gesetzlichen MwSt.

Die Vorteile der Privatisierung wirken sich weniger in finanzieller, denn in organisatorischer Sicht aus. Da es ausschließlich in der Verantwortung des beauftragten Unternehmens liegt, den Pfortendienst zu den vereinbarten Bedingungen auszuführen, werden die diensthabenden Amtsgerichte bei der Personaleinsatzplanung merklich entlastet. Bei dem Einsatz von eigenem „Pfortenpersonal“ müssten Ausfälle durch qualifizierte Servicekräfte oder des Justizwachtmeisterdienstes kompensiert werden, die insoweit für die Ausführung ihrer justizspezifischen Kernaufgaben nicht zur Verfügung stünden.

Durchgreifende Bedenken im Hinblick auf die Wahrnehmung von hoheitlichen Aufgaben der in den Pforten der Gerichte eingesetzten Justizwachtmeister/innen wurden nicht gesehen, da gegenüber dem „normalen“ Gerichtsalltag der Unterschied besteht, dass aufgrund der anfallenden Geschäfte im Bereitschaftsdienst – Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz, Anordnung von Abschiebehaft, Anordnung von Blutentnahmen – in der Regel nur eine Begleitung der erscheinenden Antragsteller erforderlich ist.

Zu c):

Konkrete Absichten, über den oben dargestellten Einsatz hinaus, private Unternehmen in den Sicherheitsdienst bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften einzubinden, bestehen seitens der Justizverwaltung nicht.

Unter den Landesjustizverwaltungen hat in diesem Jahre ein Meinungsaustausch stattgefunden, ob und in wieweit eine Übertragung von Aufgaben des Justizwachtmeisterdienstes auf private Sicherungsunternehmen überhaupt zulässig ist.

Anlass zu diesem Meinungsaustausch war die Regelung in Art. 33 Abs. 4 GG. Der darin verfassungsrechtlich angeordnete und für Bund und Länder vorgeschriebene „Funktionsvorbehalt“ besagt, dass die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse als ständige Aufgabe in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen ist, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen.

Nach dieser Verfassungsnorm ist die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse als ständige Aufgabe in der Regel Beamten zu übertragen.

Schon aus dem Wortlaut der Grundrechtsnorm folgt, dass auch ständige Hoheitsaufgaben auf Nichtbeamte übertragen werden können, eine solche Übertragung allerdings die Ausnahme bleiben muss.

Der Funktionsvorbehalt soll in erster Linie sicherstellen, dass besonders wichtige staatliche Funktionen von qualifizierten Bediensteten wahrgenommen werden, die in einem engen Verhältnis zum Staat stehen. Es haben bisher keine Zweifel bestanden, die Tätigkeit der Justiz – genauso wie die der Polizei – zum „Kernbereich“ hoheitlicher Tätigkeiten zu zählen. Dies bedeutet, dass ihre Aufgaben in der Regel von Beamten und in Teilbereichen von Beschäftigten zu erfüllen sind.

Das für die Gerichte geltende Öffentlichkeitsprinzip (§ 169 GVG) wird auch künftig Maßnahmen erfordern, die dieses einerseits gewährleisten, andererseits aber auch notwendigerweise beeinträchtigen. Hierzu sind Anordnungen erforderlich, die der Vorsitzende kraft seiner Sitzungspolizeigewalt (§ 176 GVG) oder der Gerichtsvorstand kraft seines Hausrechts trifft.

Angesichts der Komplexität und der Vielgestaltigkeit derartiger Maßnahmen ist daher beabsichtigt, wie bisher an dem bewährten Instrumentarium des beamteten Justizwachtmeisterdienstes, dessen Berufsbild natürlich an die gewachsenen Anforderungen anzupassen ist, festzuhalten.

Die o. g. Erörterungen unter den Bundesländern führten zu folgenden Ergebnissen:

- Es bestand Einvernehmen, dass der selbständige Einsatz von privaten Sicherheitsunternehmen nur im Rahmen einer Beleihung als zulässig angesehen wird, wobei zum Teil bezweifelt wird, ob die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine gesetzliche Regelung derzeit erfüllt werden könnten, selbst wenn dies gewollt wäre.
- Der Einsatz von privaten Sicherheitsunternehmen als unselbständige Verwaltungshelfer der Beamten wird – zumindest überwiegend – als in bestimmten Grenzen zulässig angesehen. Im Detail gehen die Ansichten hierüber aber auseinander.

Anlage 1

Ordentliche richtsbarkeit und Staatsanwalt- schaften	Ge-	HH-Jahr	höherer Dienst	gehobener Dienst	mittlerer Dienst	einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiter
		2004	258	222	314	80	344	2
		2005	257	223	314	80	335	2
		2006	256	224	314	80	323	2
		2007	252	223	314	78	315	2
		2008	254	226	314	78	319	0
		2009	254	228	315	80	314	0
		2010	257	228	314	79	308	0
		2011	259	227	322	79	298	0
		2012	259	226	327	79	292	0

Verwaltungs- gerichtsbarkeit	HH-Jahr	höherer Dienst	gehobener Dienst	mittlerer Dienst	einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiter
	2004	34	4	8	1	20	1
	2005	33	4	8	1	20	1
	2006	32	4	8	1	20	1
	2007	32	4	8	1	20	1
	2008	32	2	8	1	21	0
	2009	32	2	7	1	21	0
	2010	31	2	6	1	18	0
	2011	30	2	6	1	18	0
	2012	29	2	6	1	18	0

Finanz- gerichtsbarkeit	HH-Jahr	höherer Dienst	gehobener Dienst	mittlerer Dienst	einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiter
	2004	6	1	0	0	2	0
	2005	6	1	0	0	2	0
	2006	6	1	0	0	2	0
	2007	6	1	0	0	2	0
	2008	6	1	0	0	2	0
	2009	6	1	0	0	2	0
	2010	6	1	0	0	2	0
	2011	6	1	0	0	2	0
	2012	6	1	0	0	2	0

Sozial- gerichtsbarkeit	HH-Jahr	höherer Dienst	gehobener Dienst	mittlerer Dienst	einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiter
	2004	27	4	9	1	27	0
	2005	28	4	10	1	27	0
	2006	28	3	10	1	27	0
	2007	28	3	10	1	27	0
	2008	28	3	10	1	27	0
	2009	28	3	10	1	27	0
	2010	28	3	10	1	27	0
	2011	28	3	10	1	27	0
	2012	27	3	10	1	27	0

Arbeits- gerichtsbarkeit	HH-Jahr	höherer Dienst	gehobener Dienst	mittlerer Dienst	einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiter
	2004	13	7	3	0	17	0
	2005	13	7	3	0	17	0
	2006	12	7	3	0	17	0
	2007	12	7	3	0	16	0
	2008	12	7	3	0	16	0
	2009	12	7	3	0	16	0
	2010	12	5	5	0	16	0
	2011	12	5	5	0	16	0
	2012	12	5	5	0	16	0

Ministerium der Justiz	HH-Jahr	höherer Dienst	gehobener Dienst	mittlerer Dienst	einfacher Dienst	Angestellte/ Tarifbeschäftigte	Arbeiter
	2004	19	13	8	3	20	1
	2005	51	52	8	3	99	8
	2006	50	53	8	3	98	8
	2007	48	55	9	2	99	7
	2008	51	62	8	2	114	0
	2009	53	60	8	2	114	0
	2010	20	20	5	2	26	0
	2011	19	20	5	2	26	0
	2012	19	20	5	2	26	0
	2013	19	19	5	2	26	0

Amtsgerichte**Anlage 2**

Zivilsachen

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	19.432	18.287	16.884	16.876	16.592	16.223	15.479	15.427
Erledigungen	19.942	18.930	17.378	16.881	16.803	16.245	16.162	15.287
Endbestand	8.862	8.231	7.713	8.092	7.887	8.123	7.477	7.595

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	5,1	5,2	5,1	5,1	5,3	5,4	5,7	5,4

Zivilsachen - Sonstige Geschäfte - (Eingänge)

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Vollstreckungs- sachen (M)	45.427	43.925	41.796	40.912	39.641	37.618	36.881	39.258
darunter Verfah- ren zur Anord- nung der Durch- suchung der Wohnung gem. § 758 a ZPO	2.114	1.841	1.344	1.211	1.122	820	690	734
abgenommene eidesstattliche Versicherungen	17.435	15.813	14.498	14.561	13.699	11.418	10.364	10.107
Haftanordnungen in Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	7.036	6.092	6.524	6.501	7.314	6.920	6.622	7.339
Verfahren zur Entscheidung über den Wider- spruch gem. § 900 Abs. 4 ZPO	99	145	/	/	/	/	/	/
Verteilungsver- fahren (J)	0	0	0	1	0	0	4	0
Zwangsverstei- gerungen (K)	1.421	1.267	1.231	1.088	1.205	1.064	1.003	932
Zwangsverwal- tungen (L)	433	420	441	394	342	360	323	281
Anträge auf Er- öffnung des In- solvenzverfah- rens (IN/IE)	1.242	1.101	1.172	1.020	1.053	1.150	1.083	1.015
Anträge auf Er- öffnung des Verbraucher-/ Kleininsolvenz- verfahrens (IK)	1.254	1.606	2.160	1.810	1.696	1.843	1.867	1.740
eröffnete Insol- venzverfahren (IN/IE)	578	541	571	559	507	564	506	553
eröffnete Verbraucher-/ Kleininsolvenz- verfahren (IK)	1.153	1.485	2.083	1.735	1.664	1.742	1.760	1.697

Amtsgerichte

Familiensachen

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	9.437	9.007	9.427	9.238	10.038	10.622	11.457	11.094
Erledigungen	9.545	9.911	9.231	9.658	9.877	10.227	11.098	11.498
Endbestand	6.715	5.784	5.861	5.455	5.617	6.014	6.371	5.967

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate (Ehesa)	9,3	10,1	7,4	7,3	7	6,4	5,8	5,7
Monate (so.F-sa)	6,4	6,5						

Familiensachen - Sonstige Geschäfte - (Eingänge)

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
vereinfachte Unterhalts- ver- fahren	280	280	166	192	258	238	170	169
sonstige FH- Verfahren	6	22	50	3	5	4	7	12

Strafsachen

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	9.813	8.836	9.421	10.262	10.939	9.646	10.147	10.051
Erledigungen	9.447	9.410	8.651	10.135	11.283	10.546	10.142	9.951
Endbestand	3.906	3.436	4.116	4.242	4.048	3.151	3.244	3.342

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	4,2	4,7	5,4	5,5	5,8	5,4	4,8	4,8

Bußgeldsachen

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	4.186	3.824	3.751	3.321	3.476	3.759	3.925	3.841
Erledigungen	4.367	3.692	3.465	3.312	3.390	3.701	4.138	3.970
Endbestand	756	888	1.095	1.104	1.190	1.248	1.035	906

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	3,3	2,1	2,2	2,4	3,5	4,8	3,3	3,2

Strafsachen - Sonstige Geschäfte - (Eingänge)

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Anträge auf Erlass von Strafbefehlen (Cs)	6.960	6.371	6.773	6.952	7.262	6.349	6.721	6.151
richterliche Entscheidungen in Haftsachen (Gs)	1.366	1.215	983	946	822	656	694	664
sonstige richterliche Maßnahmen (Gs)	13.026	10.532	9.986	9.168	8.163	6.765	5.882	5.321
Vollstreckungen in Jugendgerichtssachen (VRJs)	2.130	2.308	2.116	2.266	2.774	3.042	2.804	2.602
Rechtshilfeersuchen (Strafs.)	235	179	156	109	197	159	152	158
Erzwingungshaftanträge	1.744	1.540	2.927	2.874	1.845	791	924	1.039

Landgericht

Zivilsachen - I. Instanz -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	5.502	5.084	4.718	4.584	4.576	4.502	4.104	4.201
Erledigungen	5.253	5.389	4.971	4.908	4.611	4.607	4.248	4.093
Endbestand	4.538	4.223	3.947	3.604	3.574	3.451	3.276	3.355

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	8,9	9,6	9,3	8,9	9,2	8,8	9,0	9,3

Zivilsachen - Berufungen -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	896	806	759	684	650	683	699	670
Erledigungen	1.064	841	789	679	687	668	716	645
Endbestand	483	449	417	422	385	400	383	408

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	7,7	6,9	6,7	6,8	7,2	7,1	6,7	6,4

Zivilsachen - Beschwerden -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	900	881	914	855	813	866	711	662

Strafverfahren - I. Instanz -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	239	225	219	221	220	238	240	220
Erledigungen	227	224	221	228	232	203	263	200
Endbestand	110	110	108	101	86	121	99	119

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	5,6	5,6	4,3	6,1	5,9	5,4	5,5	5,5

Strafverfahren - Berufungen -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	568	568	509	533	547	619	634	672
Erledigungen	482	603	480	472	718	589	650	670
Endbestand	256	219	250	311	140	170	153	156

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	3,6	5,3	3,9	4,9	7,1	4,4	2,8	2,9

Strafsachen - Beschwerden -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	543	414	543	522	566	519	445	463

Oberlandesgericht

Zivilsachen - Berufungen -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	730	725	720	696	615	643	604	520
Erledigungen	629	696	793	720	643	603	576	549
Endbestand	561	590	517	493	465	512	541	513

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	8,2	9,3	8,9	8,7	8,5	9,0	9,8	11,5

Zivilsachen - Beschwerden -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	335	377	315	328	324	391	324	308

Familiensachen - Berufungen/Beschwerden gegen

Endentscheidungen -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	367	313	317	275	285	290	328	384
Erledigungen	336	337	330	285	287	324	298	410
Endbestand	203	178	165	154	152	118	148	122

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	6,5	6,8	7,3	6,9	7,0	6,1	4,5	4,4

Familiensachen - Sonstige Beschwerden -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	240	244	316	324	244	264	271	291

Strafverfahren - Revisionen -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	35	34	33	54	51	68	79	72
Erledigungen	37	31	38	49	47	74	78	65
Endbestand	3	6	1	6	10	4	5	12

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	1,3	1,9	1,8	1,2	1,2	1,6	1,7	1,7

Strafverfahren - Sonstige Geschäfte -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Rechtsbeschwer-den StVollzG	25	35	26	24	25	26	15	25
sonstige Beschwerden	198	207	244	233	230	242	229	250
Anträge auf Haftent- scheidung	166	90	97	57	40	36	41	49
sonstige Verfahren	117	114	112	89	87	96	98	62

Oberlandesgericht

Bußgeldverfahren - Rechtsbeschwerden/Anträge auf

Zulassung der Rechtsbeschwerde -

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	38	28	42	45	50	64	92	90
Erledigungen	35	25	46	43	52	61	93	45
Endbestand	4	7	3	5	3	6	5	10

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	0,8	3,0	2,0	0,7	0,8	0,9	1,0	0,8

Staatsanwaltschaft

Ermittlungsverfahren (JS)

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	58.328	57.735	62.533	58.858	62.522	58.193	55.275	53.464
Erledigungen	59.284	56.605	59.588	60.342	65.840	60.348	55.538	54.195
Endbestand	12.564	13.688	16.628	15.116	11.803	9.646	9.373	8.645

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	3,1	3,2	3,5	3,2	2,7	2,3	2,3	2,1

Sonstige Geschäfte

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Anzeigen gegen unbekannte Täter (UJs)	39.625	40.179	46.439	44.981	47.250	42.094	39.734	42.743
Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (OWi)	3.955	4.030	4.008	3.578	3.609	3.844	3.947	3.844
Stunden für Sitzungsdienst und eigene Ermittlungstätigkeit	10.504	12.304	11.580	13.174	13.543	13.125	13.886	11.934
Gnadensachen (Gns)	105	124	39	60	8	5	2	6
Zivilsachen (Hs)	0	0	0	0	0	0	0	0
Rechtshilfesachen (AR)	676	375	318	326	362	490	536	537
Verfahren zur DNA-Identitätsfeststellung	583	764	676	527	505	322	417	460

Vollstreckungen

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Freiheitsstrafe/ freiheitsentziehende Maßregel	660	553	440	988	1.047	1.025	756	663
Strafe zur Bewährung	1.190	1.352	1.177	2.291	2.074	2.062	1.773	1.584
Geldstrafe/-buße/ Erzwingungshaft/Sonstiges	8.707	8.393	7.392	10.316	10.088	9.360	8.672	8.928

Abwendung der Vollstreckung

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Personen	267	244	233	142	267	596	489	376
Tage der Ersatzfreiheitsstrafe	7.677	7.888	6.904	4.557	8.366	15.123	12.755	10.010

Generalstaatsanwaltschaft

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Ermittlungsverfahren (Js)	27	31	46	44	40	37	44	26
Revisionen	32	37	41	68	88	82	84	76
Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung (OWiG)	41	27	44	50	50	66	91	92
Beschwerden (Ws)	188	186	221	218	213	208	209	246
Beschwerden (Zs)	369	362	366	430	443	428	404	448
Haftprüfungsverfahren	162	94	94	59	36	32	41	49
Gnadensachen	240	238	201	150	154	184	229	281
sonstige Verfahren	190	180	181	206	163	208	149	146

Landesarbeitsgericht***Anlage 3**

Berufungen

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	187	152	160	153	150	109	120	126
Erledigungen	159	162	147	158	149	120	125	125
Endbestand	87	77	90	85	86	75	70	71

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	5,6	6,2	6,1	7,3	7,1	7,2	8,3	6,4

Beschwerden in Beschlussssachen

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	8	16	8	19	80	11	11	17
Erledigungen	4	16	10	12	46	45	13	14
Endbestand	7	7	5	11	44	8	5	8

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	9,0	5,6	5,3	5,5	5,4	11,7	4,5	4,1

Sonstige Beschwerden

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	53	20	42	54	43	33	48	46

*) seit 2007 neue Erhebungsgrundlagen

Finanzgericht

Klagen

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	640	560	520	484	511	526	491	367
Erledigungen	581	524	500	462	612	570	611	506
Endbestand	714	750	770	797	715	668	550	414

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	13,5	15,7	13,7	18,9	18,4	21,5	20,1	18,4

Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	174	151	183	170	139	160	156	87
Erledigungen	189	128	125	259	147	165	145	94
Endbestand	43	66	124	35	27	22	34	27

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	3,2	2,9	5,6	6,4	2,8	2,4	2,3	2,3

Sozialgericht*

Klagen

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	4.555	4.734	5.248	4.290	4.009	4.662	4.780
Erledigungen	5.538	5.099	5.116	4.761	4.445	4.188	4.558
Endbestand	5.637	5.272	5.412	4.910	4.475	4.951	5.175

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	14,6	13,8	12,8	13,1	13,1	13,0	12,3

Einstweiliger Rechtsschutz

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	209	342	323	262	289	285	272
Erledigungen	187	332	325	275	284	284	286
Endbestand	34	45	45	31	36	37	23

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	/**	/**	1,6	1,8	1,6	1,4	1,7

Landessozialgericht*

Berufungen

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	771	752	1.004	866	666	515	630
Erledigungen	750	922	755	1.094	690	713	752
Endbestand	1.160	990	1.225	983	958	760	639

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	17,1	15,9	16,5	11,6	15,5	14,3	13,2

Einstweiliger Rechtsschutz

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	3	0	3	1	2	4	0
Erledigungen	3	0	2	2	0	1	3
Endbestand	0	0	1	0	2	3	0

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	/**	/**	2,4	1,9	/	2,8	13,0

Beschwerden

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	172	192	163	151	126	138	130

*) seit 2007 neue Erhebungsgrundlagen

**) erst seit 2007 erhoben

Verwaltungsgericht**Hauptverfahren**

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	1.689	1.471	1.129	986	773	810	794	724
Erledigungen	2.257	1.933	1.450	1.036	931	762	783	748
Endbestand	1.538	1.082	763	720	565	614	627	604

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	9,1	10,8	9,6	9,6	10,4	8,9	8,6	9,4

Vorläufiger Rechtsschutz (einschl. Nc-Verfahren)

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	1.844	1.341	1.332	1.002	1.098	1.318	1.647	1.183
Erledigungen	1857	1.472	1.397	1.192	964	1.135	1.476	1.537
Endbestand	939	808	744	553	680	864	1.038	684

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	1,2 *	1,4 *	1,5 *	3,2	2,4	2,7	3,0	2,9

Oberverwaltungsgericht**Erstinstanzliche Hauptverfahren**

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	9	7	15	13	7	12	3	5
Erledigungen	9	4	14	11	12	11	7	3
Endbestand	7	10	11	13	8	9	5	7

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	12,5	13,2	10,8	10,7	11,0	11,9	13,8	18,7

Berufungen mit Anträgen auf Zulassung und Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	236	255	244	175	246	132	158	166
Erledigungen	289	253	223	224	225	173	151	171
Endbestand	138	140	161	112	133	92	99	94

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	8,5	6,9	7,4	8,6	6,6	8,5	6,9	7,6

Beschwerden mit Anträgen auf Zulassung/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz (einschl. Nc-Verfahren)

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	147	193	333	191	170	324	144	256
Erledigungen	166	196	307	215	166	332	137	244
Endbestand	13	10	36	12	16	8	15	27

Durchschnittliche Verfahrensdauer

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monate	1,7 **	1,5 **	2,0 **	2,6**	3,2**	3,2**	2,3**	3,1**

*) ohne Nc-Verfahren

**) nur Beschwerden

Anlage 4**Altersgruppen des Personals bei den ordentlichen Gerichten, Fachgerichten und Staatsanwaltschaften am 31.12.**

Richter	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres	/	/	2	6	9	11	6
bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres	/	/	44	68	68	63	58
älter als 40 Lebensjahre	/	/	232	236	227	220	222
Summe	0	0	278	310	304	294	286

Staatsanwälte	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres	5	2	2	3	2	5	4
bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres	17	20	17	17	23	25	28
älter als 40 Lebensjahre	32	35	40	36	39	38	36
Summe	54	57	59	56	64	68	68

Amtsanwälte	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres	0	0	0	0	0	0	0
bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres	0	0	0	0	0	0	0
älter als 40 Lebensjahre	5	5	5	5	4	3	1
Summe	5	5	5	5	4	3	1

geh. Dienst*)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres	30	31	32	38	41	44	47
bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres	35	34	37	39	40	41	43
älter als 40 Lebensjahre	129	132	131	124	123	120	115
Summe	194	197	200	201	204	205	205

mittl. Dienst**)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres	25	30	43	42	33	32	33
bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres	57	63	56	60	57	74	62
älter als 40 Lebensjahre	195	200	205	203	204	245	198
Summe	277	293	304	305	294	351	293

einf. Dienst	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres	4	7	5	12	9	12	10
bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres	15	13	14	13	14	17	18
älter als 40 Lebensjahre	61	54	52	54	53	52	49
Summe	80	74	71	79	76	81	77

*) ohne Sozialdienst und Wirtschaftssachbearbeiter der Staatsanwaltschaft

**) ohne Gerichtsvollzieher